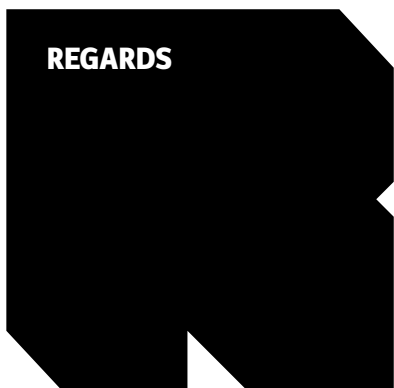


KLIMABERICHT IN ZEITEN DES KRIEGES

Weckruf Nummer 99

Raymond Klein



Eine Energiewende ist dringlicher als je zuvor, so der UN-Klimabericht. Wir geben einen Überblick über alte und neue Argumente - und über die Auswirkungen des Konflikts mit Russland.

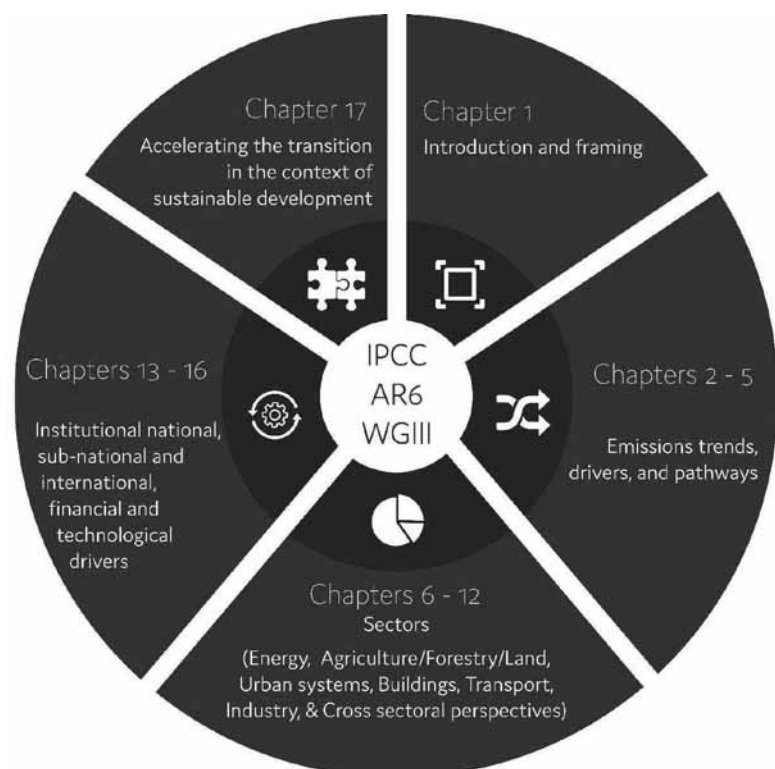
Kann man das Klima vergessen? In der öffentlichen Aufmerksamkeit ist die Erderwärmung jedenfalls in die Kategorie der „vergessenen Themen“ geraten. Über den am Montag veröffentlichten Klimabericht enthält zum Beispiel der internationale Teil der internen Presseschau der Luxemburger Regierung gerade mal zwei Beiträge - inmitten einer Auswahl von weit über hundert Artikeln zum Krieg in der Ukraine, zu den Wahlen in Frankreich und Ungarn sowie zu anderen, „wichtigeren“ Themen. Nicht nur, dass Russlands Angriffskrieg die nicht minder bedrohliche Erderwärmung überlagert, hinzukommt, dass die Folgen der westlichen Sanktionen dem Klimaschutz zuwiderlaufen und ihn zu einem unerwünschten Thema machen.

1,5 Grad oder nichts!

Das Anfang der Woche vorgestellte Dokument ist der dritte Teil eines Lageberichts durch den UN-Weltklimarat (Intergovernmental Panel on Climate Change, IPCC). Im ersten wurde der Stand der theoretischen Erforschung des Klimawandels dargelegt, im zweiten die möglichen Folgen für Mensch und Natur sowie Instrumente, um diese abzumildern („adaptation“). Der dritte Teil ist den notwendigen Anstrengungen zur Begrenzung („mitigation“) der Erderwärmung

gewidmet und damit den kontroversesten Aspekten des Themas. Kein Wunder, dass noch übers Wochenende zwischen Regierungsvertretungen verhandelt wurde und die Uhrzeit der Vorstellung am 4. April um sechs Stunden verlegt wurde. Dabei ging es nicht um den fast 3.000 Seiten umfassenden wissenschaftlichen Bericht, sondern um die 63-seitige, politisch verbindliche Zusammenfassung (Summary for Policymakers). Nach Informationen der Online-Zeitung Climate Home News gelang es Saudi-Arabien am Ende, die Möglichkeiten zur Abscheidung und Speicherung von CO₂ (Carbon Capture and Storage, CCS) aufzubauschen, um die Verurteilung der fossilen Energien im Bericht zu relativieren - mit stillschweigender Unterstützung der USA.

Während die Klimabewegung die CCS-Technologien einhellig ablehnt, ist die Haltung der Wissenschaft keineswegs eindeutig. So unterstreicht die deutsche Klimaforscherin Sabine Fuss im Deutschlandfunk-Interview die Machbarkeit und Wichtigkeit von CCS für die Umsetzung des Net-Zero-Ziels, distanziert sich allerdings von Versuchen, damit ein Festhalten an fossilen Energien zu rechtfertigen. Worüber es mittlerweile aber in der Wissenschaft Einigkeit gibt, ist die Notwendigkeit, die Erderwärmung bis 2100 auf 1,5 (und nicht etwa 2) Grad zu begrenzen. Hier wurde die Zusammenfassung wohl nicht verwässert: Es wird sogar vor einem zeitweiligen Überschreiten („overshoot“) um mehr als 0,1 Grad gewarnt, das die ökologischen und sozialen Schwierigkeiten für eine nachträgliche Senkung erheblich vergrößern würde.



Struktur des IPCC-Berichts
www.ipcc.ch/report/ar6/wg3/

Alternativen zu den Gazprom-Pipelines:
Windkraftanlagen und Flüssiggastanker.



FILCKR; KEES TORN; CC BY-SA 2.0

Erstmalig widmet ein IPCC-Bericht der Veränderung der Lebensstile ein eigenes Kapitel. Es handle sich um eine lange übersehene Strategie, die 40 bis 70 Prozent zusätzliche CO₂-Einsparungen erzielen könne, fasst die Onlinezeitung Carbon Brief in ihrer detaillierten Analyse des Dokuments zusammen. Übersehen? Diese Empfehlung des Klimarats erinnert an die jahrzehntelangen Versuche, die Verantwortung für den Klimaschutz von Politik und Wirtschaft auf die einzelnen Menschen abzuwälzen. Ein Eindruck, der von Aussagen wie denen des Luxemburger IPCC-Vertreters Andrew Ferrone gegenüber 100,7 bestätigt wird.

Gerechtigkeit mit Win-win

Allerdings liegt im Bericht der Akzent durchaus auf den Rahmenbedingungen, die notwendig sind, damit sich die Menschen für grüne Alternativen in Bereichen wie Mobilität und Ernährung entscheiden. Sabine Fuss, Mitautorin des Berichts, unterstreicht im Deutschlandfunk-Interview, dass die Empfehlungen weniger darauf abzielen, das Individuum als vielmehr die Politik in die Pflicht zu nehmen. Der Klimarat sagt auch ganz deutlich, dass es um die Lebensstile im globalen Norden und bei den Wohlhabenden geht - wozu in Luxemburg global betrachtet allerdings der größte Teil der Bevölkerung gehört. Zum Klimaschutz gehört deshalb auch eine globale Umverteilungsstrategie von Norden nach Süden - ein Aspekt, der

seinerseits in den meisten Darstellungen des „vergessenen“ Berichts - vergessen wird.

Eine Ausnahme stellen hierbei natürlich die Reaktionen der NGOs dar, die sich seit Langem auch die Nord-Süd-Gerechtigkeit auf die Fahne geschrieben haben. Im Sinne der nachhaltigen Entwicklung müssen „die Industrieländer nicht nur ihre Versprechen einhalten, die Emissionen drastisch zu senken, sondern auch die Anpassung an den Klimawandel zu finanzieren, ebenso wie eine Energiewende, Technologietransfers und Emissionsminderungen im globalen Süden“, unterstreicht zum Beispiel 350.org.

Auffallend ist allerdings, dass manche NGOs die im IPCC-Bericht enthaltenen Win-win-Argumente in den Vordergrund stellen: Eine Abwendung von den fossilen Energien werde positive Auswirkungen auf Gesundheit und Lebensqualität haben und Arbeitsplätze schaffen. Auf solche Effekte darf man tatsächlich hoffen, doch es wäre gefährlich, darüber das Konfliktpotenzial zu vernachlässigen, das die global notwendigen, drastischen Umwälzungen mit sich bringen: sozialer Sprengstoff innerhalb Gesellschaften einerseits, internationale Konflikte um die Lastenverteilung der CO₂-Einsparungen und den Zugang zu Ressourcen wie Lithium oder Seltenen Erden andererseits. Betont wird natürlich auch die Dringlichkeit, jetzt zu handeln - sowohl in den NGO-Kommunikés als auch in den Beiträgen in den Mainstream-Medien. Neu ist das nicht; manche

Expert*innen stellen aber in Aussicht, dass es der letzte Appell dieser Art ist - wird er nicht gehört, so ist es beim nächsten IPCC-Bericht in fünf Jahren zu spät, um noch umzusteuern.

Klima killen lohnt sich

Der Ukraine-Krieg wird im bereits 2021 abgeschlossenen IPCC-Bericht nicht thematisiert, dafür aber umso mehr in den Reaktionen und Kommentaren. Es ist verlockend, den Krieg bei all seinem Schrecken auch als eine Chance zu interpretieren, weil die Diskussionen über Sanktionen gegenüber Russland uns den Grad der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen vor Augen führen (zur Debatte auf EU-Ebene siehe Seite 8). Der Wunsch, energiepolitisch auf eigenen Füßen zu stehen, macht einen schnellen Umstieg auf erneuerbare Energien noch attraktiver. Doch in der Praxis geschieht derzeit das exakte Gegenteil: Um weniger Gas aus russischen Pipelines zu verbrauchen, importiert Europa per Schiff Flüssigerdgas (Liquefied Natural Gas, LNG), auch auf Basis von Fracking, und greift verstärkt auf Kohle- und Atomstrom zurück. Auf globaler Ebene ist der ehemalige Hoffnungsträger für eine amerikanische Energiewende Joe Biden dabei, das Land wieder auf fossile Brennstoffe, auch für den Export, einzuschwören. China und Indien werden ihrerseits, falls sie die westlichen Sanktionen nicht unterlaufen wollen, ihre Pläne zum Kohleausstieg ebenfalls „aktualisieren“ müssen.

Gewiss, mittelfristig könnte die Erfahrung des Konflikts mit Russland dazu führen, dass der Umstieg auf erneuerbare Energien politisch einfacher durchzusetzen ist. Andererseits wirft Klima killen dieser Tage Profite ab wie nie zuvor - das Marktsignal könnte schwerer wiegen als die Ermahnungen, die Finanzmärkte zu „greenen“. Auch die Covid-Krise wurde als Chance für eine grüne Wende gesehen - und dürfte als „verpasst“ in die Geschichte eingehen.

Doch der Krieg stellt, über die kurzfristigen energiepolitischen Fehlentwicklungen hinaus, den globalen Klimaschutz auch grundsätzlich in Frage. Wie soll der globale Süden auf die Hilfe des Nordens vertrauen, wenn neben den Auswirkungen des Kriegs auch die Folgen der westlichen Entscheidung für Sanktionen auf ihn zurückfallen - in Form von Hungersnöten? Wie sollen neue internationale Abkommen wie das von vielen NGOs geforderte Fossil Fuel Non-Proliferation Treaty zustande kommen, wenn sich neue Blöcke bilden und die internationalen Beziehungen von Misstrauen und Konfrontation geprägt sind? Wie sollen Energiewende, soziale Begleitmaßnahmen und Nord-Süd-Transfers finanziert werden, wenn immer mehr Geld für Rüstung und Kriege ausgegeben wird? Statt einer Welt der Zusammenarbeit, einer Welt des Teilens, wie sie für den globalen Klimaschutz unabdingbar ist, kündigt sich eine zerstrittene, eine geteilte Welt an.